



Statt gemeinsam für die Ukraine: Washington ‚nötigen‘ – ‚Genugtuung‘ bei Putin

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2023

Zusammenfassung

Der Erfolg des Treffens der Ramstein Kontaktgruppe mit einer Vielzahl weiterer Zusagen militärischer Unterstützung der Ukraine wurde durch die deutsche „Nichtentscheidung“ einer Unterstützung mit Leopard 2 stark getrübt. Berichte über Scholz' Nötigung der USA, er könne nur zustimmen, wenn auch M1 Abrams Panzer geliefert werden, verschärfte die Kontroverse. Eigentlich ist klar, dass SPz und KPz im Gefecht sinnvoll nur gemeinsam operieren können. Nach der Zusage von 40 SPz Marder wird eine Entscheidung gegen Leopard 2 auf die Verteidigung einen schädlichen Einfluss haben. So kann aus der Vermeidung von Alleingängen schnell ein „Alleinsein“ folgen. Dies kann Putin überdies weitere Ansätze bieten, die Einigkeit in NATO und EU aufzubrechen. Dazu wird er weiter „nebelhaft eindeutige“ Nukleardrohungen verbreiten, um diese Risse im Westen zu vergrößern. Der „Westen“ muss klar machen, dass Putins „Eskalation zur Deeskalation“ mit wirksamen Gegenmaßnahmen begegnet wird und alle an der weiteren Unterstützung der Ukraine festhalten werden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die westlichen Staaten, auch Deutschland, haben der Ukraine über die vergangenen Monate in unterschiedlicher Menge und Qualität viele militärische Waffensysteme und moderne Ausrüstung zur Verfügung gestellt. Beim Treffen der Ramstein Kontaktgruppe am 20. Januar wurden von vielen Mitgliedstaaten und Partnern erneut weitere Lieferungen von unterschiedlichen Waffensystemen zugesagt. So weit so gut! Das gilt insbesondere für alle Maßnahmen, die die Luftverteidigung verbessern und helfen, den Himmel über der Ukraine für Russlands Raketen etc. zu schließen. Man könnte also eigentlich feststellen, dass auch dieses Treffen eine erfolgreiche Fortsetzung der bisherigen Arbeit war. Allerdings ist einschränkend zu bemerken, dass viele Maßnahmen – vor Monaten ergriffen – der Selbstverteidigung der Ukraine wirksamer gedient hätten.

Es war Deutschland und seinem Bundeskanzler vorbehalten, diesen Gesamteindruck des Treffens in ein trübes Licht zu rücken. In den Tagen seit der Entscheidung Amerikas, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands Anfang des Jahres – endlich – Schützenpanzer an die Ukraine zu liefern, hatten nicht nur die dringenden Bitten der ukrainischen Regierung zur Bereitstellung westlicher Kampfpanzer zugenommen, da ihre Panzerreserven durch die Kämpfe stark dezimiert waren. Sondern neben Großbritannien, das noch vor dem 20. Januar der Ukraine ca. 14 Challenger II zugesagt hatte, hatten mehrere Länder, deren Streitkräfte mit dem Leopard 2 ausgerüstet sind, ihre Bereitschaft und politische Entschlossenheit bekundet, der Ukraine eine Anzahl dieser Panzer zur Verfügung zu stellen. Aber bis zum Wechsel im Amt des Verteidigungsministers hatte Bundeskanzler Scholz eine erforderliche deutsche Genehmigung zur Weitergabe nicht erteilt.

Und dann wurde vor dem Treffen am 20 Januar berichtet, dass Scholz jede Genehmigung einer solchen Lieferung oder gar die Weitergabe eigener Kampfpanzer davon abhängig macht, dass die USA ihren M1 Abrams Panzer ebenfalls an die Ukraine geben. Da schon seit Wochen klar war, dass das Pentagon diesen aufwendigen, schweren und erhebliche Logistik fordernden Kampfpanzer nicht bereitstellen kann und wird, war diese Nachricht entweder als ein endgültiges Nein an die Leopard Lieferungen anderer Staaten zu werten oder aber es stellte quasi eine „sehr hohe Erwartung“ an die Lieferung von M1 Abrams dar, die man nicht anders als eine Erpressung nennen muss, nicht eines Verbündeten sondern des **Hauptverbündeten** für die Sicherheit Deutschlands und Europas.

Man wird Scholz nicht vorwerfen können, dass er in militärischer Operationsführung und der Taktik auf dem Gefechtsfeld nicht bewandert ist. Aber man kann schon erwarten, dass ihm fachkundige Offiziere klar machen, dass die Zusage, 40 SPz Marder zur Verfügung zu stellen, aber keine Leopard 2 bedeutet, dass die Unterstützung nur die Hälfte wert ist. Denn beide Waffensysteme kommen – insbesondere in relativ offenem Gelände – nur gemeinsam eingesetzt zu voller Wirkung gegen die brutal angreifenden russischen Streitkräfte.

Erwartet man in den kommenden Monaten eine russische Offensive und will man die Chancen der Ukraine für erfolgreiche Gegenangriffe gegen den Eroberer erhöhen, dann ist es mehr als fahrlässig das eine (Marder) ohne das andere (Leopard) zu tun. „Wenn die Politik sich von gewissen kriegerischen Mitteln und Maßnahmen eine falsche, ihrer Natur nicht entsprechende Wirkung verspricht, kann sie mit ihren Bestimmungen einen schädlichen Einfluss auf den Krieg haben.“ Eine Einsicht Clausewitz', der man in diesem Fall nur zustimmen kann.

Das ist aber nur die eine Seite des angerichteten Schadens und vielleicht nicht einmal die wichtigste. Gerade Scholz hat immer wieder unterstrichen, dass der Erfolg für die Ukraine an der Einigkeit im Handeln der westlichen Staaten, der NATO und der EU liegt. Diese Einigkeit hat er in diesem Fall schwer beschädigt, ohne den Verbündeten eine schlüssige oder wenigstens plausible Erklärung für seine Position zu geben. Denn weder die häufig geäußerte Formel, keinen Alleingang zu machen, noch die Hinweise auf das Abwägen gegen Eskalati-



ongefahren, sind in der Sache gerechtfertigt. Denn zum ersten Punkt sind mehrere Länder mit Leopard 2 bereit, diesen Panzer der Ukraine zu geben. Und zum zweiten Punkt kann man festhalten, dass die Staaten der Ramstein Gruppe seit Monaten moderne Artilleriegeschütze, Mehrfachraketenwerfer, effektive Luftabwehrsysteme und vieles mehr geliefert haben und eine schon immer brutale Kriegführung Russlands dadurch nicht weiter gesteigert worden ist. Nichts deutet darauf hin, dass Putin die Nutzung einer überschaubaren Anzahl Leopard Panzer im Gefecht im Osten oder Süden der Ukraine zu einer – kaum noch weiteren – Verstärkung des brutalen Angriffs veranlasst. Und die Sorge, dass Putin Nutzerstaaten von Leopard Panzern dann direkt angreifen würde, kann nicht überzeugen. Denn Putin will sicher nicht die militärische Kraft der NATO gegen sich wirken sehen.

So wird aus dem Vermeiden des Alleingangs eher ein „Allein-sein“. Außerdem trägt diese Haltung dazu bei, das „Solange-wie-nötig“ der zugesagten Unterstützung zu verlängern.

Und Putin wird diese von Scholz erzeugte Uneinigkeit in der westlichen Koalition mit besonderer Genugtuung aufnehmen. Es wird ihn bestärken, auch die nukleare Sorge im Westen weiter mit „nebelhaft eindeutiger“ Informationskampagne zu bedienen. Dies wird – so kann er hoffen – auch zu einem Riss führen zwischen denen, die wegen dieser Sorge die Unterstützung der Ukraine beschränken wollen und denjenigen, die dem Eroberer die Konsequenzen in einem solchen Fall für ihn klar machen und sich nicht im Handeln für die Wiederherstellung der regelbasierten Ordnung paralisieren lassen. Die westlichen Staaten dürfen nicht zulassen, dass ein nuklearbewaffneter Eroberer ein anderes Land besetzen, ja – wie er sagt – „denazifizieren“ und „demilitarisieren“ will. Die nukleare Abschreckung des Westens muss Putin vor Augen führen, dass sein Konzept der „Eskalation zur Deeskalation“ keine politische Wirkung haben wird, die breite Koalition der Willigen von der anhaltenden Unterstützung der Ukraine abzubringen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

